



Keupers

kritischer

Kommentar

05-2021

Mai 2021

Vom Weg in die Zukunft reden derzeit fast alle Parteien.

In ihren Wahlprogrammen werden enorme Forderungen von notwendigen Investitionen hinsichtlich des Klimawandels benannt. Investitionen zum Beispiel in die Schaffung eines neuen modernen Öffentlichen Nahverkehrs, der möglichst für die Nutzer kostenfrei sein oder nur pro Tag ein Euro kosten sollte, in den Bau von Fahrradschnellwegen, welche möglichst bequem die Regionen für die immer mehr zunehmenden Radfahrer besser erschließen, in die Erhöhung der Erneuerbare Energieerzeugung die mehr als verdoppelt oder verdreifacht werden muss, einschließlich Schaffung zusätzlicher wichtiger und dringend notwendiger Versorgungsstrassen sowie der benötigten Speicherkapazitäten für den erzeugten Strom, um bei des Öfteren auftretender Unterversorgung durch Windflaute oder den bedeckten Himmel den benötigten Energiebedarf absichern zu können. Aber auch die E-Autoproduktion muss besonders gefördert werden, damit nicht nur Besserverdienende sich ein solches leisten können, ebenso die Umstellung der Gebäudeheizungen auf CO₂-freies Heizen sollte vom Staat finanziell stärker gefördert werden, und nicht vergessen, die notwendige Unterstützung der Industrie bei den Veränderungen hinsichtlich klimafreundlicheren Energieverbrauchs.

Ist die angekündigte Dekarbonisierung unserer Volkswirtschaft eigentlich bezahlbar?

Bis zu 3 Billionen Euro Investitionskosten sollen nach Expertenmeinung für diese Veränderungen hin zu einer gewünschten klimaneutralen Republik im Jahre 2045 erforderlich werden, das wären 125 Milliarden Euro oder rund ein Drittel des üblichen Finanzrahmens des Bundeshaushalts pro Jahr. Dazu kommen aber zeitgleich noch die Kosten einer Weiterentwicklung einer digitalen Evolution, welche die Wirtschaft, die Arbeitswelt, den gesellschaftlichen Alltag erheblich, man kann auch sagen total verändern werden. Unter anderen mit erheblichen zusätzlichen Aufwendungen für das Schul- und Bildungswesen, aber eben auch für ein grundsicherndes Versorgungssystem für die Energie, welches die zusätzlichen Herausforderungen des höheren Energiebedarfs der digitalen Technologien abdeckt.

Klimaschutz ist wichtig – soziale Sicherheit aber auch!

Alle Parteien reden in ihren neuesten Wahlprogrammen also von Klimaschutz und Digitalisierung. Dabei wird nach der Bundestagswahl ein ganz anderes Thema mit Macht auf die Tagesordnung drängen: die Sanierung des Sozialsystems, der Sozialkassen. Doch dafür müssen erst einmal die

Versäumnisse der Vergangenheit aufgearbeitet werden. Der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie, über den zurzeit so viel geredet wird, ist dabei vielleicht nicht mal das Wichtigste. Der größere Widerspruch, so zeigen die aktuellen roten Zahlen der staatlichen Versicherungssysteme, betrifft möglicherweise insbesondere das Verhältnis vom Klimaschutz und/oder der Digitalisierung und der Sozialpolitik. Klimaschutz ist wichtig – aber ist eben nicht alles! Steuergelder, die notgedrungen in die Sozialkassen fließen müssen, können nicht gleichzeitig für die „Probleme der Zukunft“, für den Klimaschutz oder der digitalen Evolution ausgegeben werden! Nur wem es gelingt, die Renten-, Kranken- und Pflegekassen durchgreifend zu reformieren, werden vielleicht die Staatsfinanzen auf Dauer genügend Mittel für den Ausbau der erneuerbaren Energien oder für die Förderung der Wasserstoffwirtschaft, sowie den erforderlichen Ausbau eines schnellen Digitalnetzes stemmen können.

In den Sozialkassen fehlen akut über 30 Milliarden!

In der Krankenversicherung fehlen dieses Jahr nach Angaben der größeren Versicherungsträger bis zu 20 Milliarden Euro. Die Rentenversicherung verzeichnete 2020 trotz Zuschüsse aus Steuergeldern in größerer zweifacher Milliardenhöhe ein Defizit von beinahe 5 Milliarden Euro, das sich in den nächsten Jahren um ein Vielfaches noch erhöhen wird. Und auch in der Pflegeversicherung rechnet das Gesundheitsministerium allein für 2022 mit einem Minus von gut 2 bis 3 Milliarden Euro. Das sind riesige Finanzlücken mit entsprechend gravierenden politischen Folgen. Die nächste Bundesregierung muss daher nach den Wahlen sich zuvörderst nicht nur mit den Steuerdefiziten, infolge der Corona-Einschränkungen, mit den Belastungen des Haushalts hinsichtlich der erfolgten erforderlichen Unterstützungen für Wirtschaft, Handel, Tourismus befassen, die Staatsschulden stiegen 2020 um 275 Milliarden Euro auf 2,33 Billionen Euro, die Schuldenquote stieg von 59,7 auf 70 Prozent des BIP, und den daraus sich ergebenden langfristigen Schuldentilgungen in mindest zweistelliger Milliardenhöhe pro Jahr und das über mehr als zwanzig Jahren hinweg, sondern auch mit den finanziellen Problemen der staatlichen Sozialkassen. Das bedeutet letztendlich für die Sozialsysteme, entweder müssen die Ausgaben, d. h. die Versorgung gekürzt, oder die Beiträge entsprechend erhöht, bzw. im größeren Stil zusätzliche Steuermittel eingesetzt werden, die doch eigentlich gemäß den Vorstellungen der Parteien für anderes verplant sind. Unter andern für die klimagerechte Transformation der Zivil- und Industriegesellschaft (Grüne, SPD, CDU/CSU), für neue Sozial- und Familienleistungen (SPD, Linke), für den Schuldenabbau (CDU/CSU) oder Steuersenkungen (FDP). Das alles steht jedoch auf der Kippe, weil unser Sozialstaat seit langen vor einem tief greifenden Wandel steht, denn nicht umsonst wurde schon vor Jahren gesagt, „unsere Sozialsysteme fahren spätestens 2030 an die Wand“!

Die Corona-Pandemie offenbarte diesen Trend, der lange schon vorhergesagt, aber von der Regierungen Merkels in den vergangenen 16 Jahren konsequent ignoriert worden ist. Anstatt das Sozialsystem auf die absehbaren mageren Zeiten nach 2025, der Beginn der Verrentung der Babyboomer vorzubereiten, wurden die überfälligen Reformen immer wieder verzögert und verdrängt, eine Sanierung der überbeurteilten Riester-Rente nicht angepackt.

Dafür nahm die Politik die Finanzkassen der Sozialversicherungen des Öfteren für Versicherungsfremde Leistungen in Anspruch, um andere politische Sozialvorstellungen zu verwirklichen und zehrten konsequent damit alle Rücklagen auf, die sich in den goldenen Jahren des Wirtschaftsaufschwungs seit der Finanzkrise 2008/2012 angesammelt hatten. Nun sind die Kassen auch durch die Folgen der Corona-Pandemie mehr als leer und niemand weiß, wie sie wieder gefüllt werden können, ohne die heutige und zukünftige Arbeitnehmergeneration übermäßig zu belasten, sei es durch

weitere Beitragserhöhungen, sei es durch Steuererhöhungen oder unsoziale Leistungsminderungen. Schon jetzt wird in keinem anderen Industrieland der Faktor Arbeit stärker belastet wie in Deutschland.

Die Basis der Sozialdemokraten fordern schon lange Reformen der Sozialsysteme.

In der SPD sind zum Beispiel schon seit Jahren Veränderungsgedanken zur Rentenversicherung an der Tagesordnung. Die Seniorinnen und Senioren in der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus von Rheinland-Pfalz haben schon vor über 3 Jahren einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Nach ihren Vorstellungen muss die Rentenversicherung in eine Art „Allgemeine Altersversorgung“ umgebaut werden, in der alle Erwerbstätigen erfasst werden, also auch Bezieher höherer Einkommen, Selbstständige, Beamte und Abgeordnete, die dann einen Beitragsanteil gemäß ihrer Bezüge einzahlen, wobei ein Mindestversorgungsbetrag sowie ein Versorgungshöchstbetrag festgelegt werden. Doch selbst diese umfassende Änderung würde die Probleme einer moderneren Altersversorgung nur vorübergehend beheben. Auch entsprechende Veränderungen in der Kranken- oder in der Pflegeversicherung durch eine Art Bürgerversicherung sind nur Teilschritte zu einer nötigen umfassenden Reform der Sozialsysteme.

Die Arbeitswelt hat sich verändert und ist unsozialer geworden.

Der Grund dafür sind die umfassenden Veränderungen in unserer Arbeitswelt, das heißt: „Rettet die Arbeit“, müsste die Parole der Zukunft sein, so wie es Lisa Herzog in ihrem gleich betitelten Buch beschreibt. Denn eins muss uns bewusst werden, die klassische Industriegesellschaft des frühen und insbesondere des mittleren 20. Jahrhunderts gibt es so nicht mehr, sie war aber die Grundlage unserer Sozialversicherungen. Damals, nach den Reformen in den 50er Jahren, waren vergütete dauerhafte Arbeitsverhältnisse oft über Jahrzehnte die Regel, eine Zeit ohne ein Arbeitsverhältnis eine besondere Ausnahme im sehr geringen Umfang. Das bedeutete, ein Arbeitnehmer hatte am Ende seines Arbeitslebens mit 65 Jahren in der Regel mehr als 500 bis 600 Monatsbeiträge eingezahlt. Heute jedoch sind vergütete Dauerarbeitsplätze über Jahre oder sogar Jahrzehnte eine Seltenheit, Ausnahme das Beamtenamt. Befristete Arbeitsverhältnisse oder Teilzeitarbeitsplätze nehmen immer mehr zu, mit entsprechenden geringeren Beitragszahlungen an die Sozialkassen, und auch Arbeitslosenverhältnisse sind heutzutage in einem normalen Arbeitsleben nicht mehr die Ausnahme, Arbeitsverhältnisse also, bei denen geringere bzw. keine Beiträge in die Sozialkassen fließen. Das bedeutet, trotz verlängerter Lebensarbeitszeit, werden 600 oder gar 650 Monatsbeiträge in einem Arbeitsleben, so wie es früher üblich war, nur noch seltener zu verzeichnen sein, und damit wird die Finanzkraft der Versicherungen sich immer mehr verringern, bei einer zunehmenden Leistungsanforderung durch ein längeres Leben der versicherten Menschen. Damit ist aber nicht wie immer behauptet wird, allein der Demografische Wandel das Manko gesunder Sozialversicherungen, sondern die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt haben auch ihren Anteil daran. Damit zeichnet sich ab, dass die Sozialversicherungen, wenn der Arbeitsmarkt sich weiterhin entstabilisiert, ihre gesellschaftspolitischen Funktionen nicht mehr wie gewohnt ausüben können. Das aber wird enorme gesellschaftliche Veränderungen haben, insbesondere wenn die Vorstellungen mancher Klima- und Umweltfanatiker nach einer Postwachstumsentwicklung Realität werden sollten.

Wir Sozialdemokraten wollen einen sozialen Klimawandel!

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass notwendige von der Regierung geforderte Ein-

schränkungen von besonderen Schichten der Bevölkerung nicht auf Dauer akzeptiert werden, dass diese sich teilweise immer mehr radikalieren. Es hat aber auch gezeigt, dass die Ärmeren in unserer Gesellschaft von den Einschränkungen stärker betroffen waren. Das bedeutet, wir Sozialdemokraten müssen einen sozial abgefederten Klimawandel durchsetzen. Wenn also der CO₂-Ausstoß teurer werden muss, um Klimaveränderung zu vermeiden, müssen wir erkennen, dass dieses das Leben der Menschen allgemein enorm verteuern wird. Das gilt nicht nur für das Wohnen, für die Mobilität, für das Reisen, sondern auch für das tägliche Leben, für Essen und Trinken, eben für alle Situationen des Lebens. Die Oberschicht und die gutsituierte Mittelschicht mögen diese Einschränkungen noch gut verkraften können, die vom Abstieg bedrohte untere Mittelschicht, sowie das Prekariat in unserer Gesellschaft werden dadurch in ihren Lebensgewohnheiten verstärkt eingeschränkt, ja eventuell in bittere Armut abgedrängt, was zu einer Radikalisierung der demokratischen Gesellschaft führen kann, führen wird. Der Klimawandel muss daher sozial begleitet und eingefasst werden. Das ist somit im Grunde genommen eigentlich ein ideales klassisches Thema der Sozialdemokratie, also ein Thema für unseren Kanzlerkandidaten Scholz. Mit der Parole: „Klimaschutz rettet die Zukunft aller Menschen – wenn er sozial ausgerichtet ist“, geht es ab in den Wahlkampf! In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 18. Mai 2021,

Heinrich Keuper